

Bericht aus der Gemeinderatssitzung 08-26 vom 29.09.2026

Liebe Newsletter-Abonnenten, liebe Mitglieder,

der Sommer ist vorbei und doch beschäftigt uns die Hitze weiter. In der letzten Gemeinderatssitzung ging es gleich an mehreren Stellen um Hitzeschutz: um ein Konzept für unsere Kitas und Schulen sowie um Klimaanlage für die neue Kita St. Maria und die Kernzeitbetreuung im früheren Rathaus Langenbrücken.

Gleichzeitig sind wir froh, dass uns im Frühherbst noch ein wenig Wärme bleibt – der Jahrmarkt Langenbrücken ist bei Sonne und 20 Grad doch schöner als bei 8 Grad und Dauerregen. Herzlichen Dank an alle Vereine, die sich mit so viel Engagement einbringen!

Bitte alle Mitglieder noch mal den Kalendereintrag prüfen: Am Freitag, 9. Oktober, laden wir um 19 Uhr zur Mitgliederversammlung ins Restaurant Sängenheim in Mingolsheim ein. Wir wählen den Vorstand der CDU Bad Schönborn für die kommenden zwei Jahre, und unser Landtagsabgeordneter Dr. Thorsten Schwarz MdL berichtet über die ersten 100 Tage der neuen Landesregierung.

Das Wichtigste in Kürze

- Langenbrücken-West: Erschließungsträger beauftragt, ein Eigenbetrieb soll kommen
- Kitas und Schulen: Hitzeschutzkonzept ist in Arbeit, die neue Kita St. Maria bekommt Klimageräte
- Lernort Kislau und Umgehungsstraße: Beides bleibt möglich, ohne Mehrkosten für die Gemeinde

1 Langenbrücken-West nimmt Fahrt auf

Worum geht es? Langenbrücken-West ist die zentrale Entwicklungsfläche unserer Gemeinde. Der erste Bauabschnitt umfasst 10,3 Hektar Gewerbe und 3,7 Hektar Wohnbebauung.

Was wurde beschlossen? Für den ersten Bauabschnitt hat der Gemeinderat einen Erschließungsträger beauftragt: die KiB Kommunalentwicklung und integrierte Baulanderschließung GmbH. Sie steuert Bodenordnung, Erschließung, Finanzierung und Abrechnung. Wolfgang Jannarelli (Geschäftsführer) und Anna Röder werden das Projekt betreuen. KiB ist ein Kommunalentwickler mit mehr als 20 Jahren Erfahrung und hat zuletzt in der direkten Nachbarschaft das Gebiet Weiher-Nord in der geforderten Zeit und Qualität erschlossen. KiB war nicht der billigste Bieter, überzeugte aber bei Team, Verfügbarkeit und Projektvortrag und erhielt so die beste Bewertung. Ein Vorteil für das Tempo: Der Erschließungsträger vergibt Aufträge nach privatwirtschaftlichen Regeln und nicht nach dem langwierigen öffentlichen Vergaberecht. (18 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Die Erschließung mit geschätzten Kosten von 12,7 Mio. € soll künftig in einem Eigenbetrieb abgerechnet werden. Das ermöglicht ein transparentes Projektreporting und vor allem bessere Steuerungsmöglichkeiten für die Gemeinde. Es ist allerdings auch etwas aufwendiger, da jährlich ein eigener HGB-Abschluss notwendig wird. Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung, eine entsprechende Satzung vorzubereiten. (einstimmig)

Unsere Position: Die Vorgehensweise über einen Erschließungsträger ist aus CDU-Sicht der richtige Schritt, und mit KiB haben wir dafür einen erfahrenen Partner gewonnen. Die Ausgliederung in einen Eigenbetrieb macht Sinn. Als CDU werden wir aber präzise darauf achten, dass hier kein Schattenhaushalt entsteht und dass der Zweck klar auf die Erschließung von Langenbrücken-West festgeschrieben wird. Das machte Bernhard Steltz in seiner Einordnung für die CDU deutlich.

Wie geht es weiter? Besondere Herausforderungen sieht der Erschließungsträger beim Hochwasserschutz und der Renaturierung des Kraichbachs, beim Schwammstadtprinzip und einem nachhaltigen Bodenmanagement, bei dem Abtrag und Auffüllung möglichst Hand in Hand gehen. Auch ein Wärmeversorgungskonzept für das Quartier ist vorgesehen.

2 Gut betreut, auch an heißen Tagen: Kita-Plätze und Hitzeschutz

Kita-Plätze: umschichten statt schließen

Die Verwaltung hat die Kita-Bedarfsplanung 2026 vorgelegt. Die Zahlen zeigen einen Strukturwandel: Die Geburtenzahlen sinken (zuletzt rund 107 pro Jahr statt 131 im Langzeitschnitt), wir werden also in naher Zukunft insgesamt weniger Plätze vorhalten müssen. Gleichzeitig fallen Plätze weg, etwa durch das Auslaufen der Kraichgaumäuse. Deshalb ist eine Umschichtung notwendig: Plätze für Kinder über drei Jahren werden etwas reduziert, dafür werden mehr Angebote für unter Dreijährige geschaffen. Konkret sind altersgemischte Gruppen in der Villa Viktoria geplant, der Betrieb des Kindergartens Christoph von Hutten wird um fünf Jahre verlängert, und die Krippe St. Raphael läuft aus. Der Lichtblick soll eine zweite U3-Gruppe eröffnen – die Gemeinde hatte dafür bereits vor Jahren in entsprechende Räumlichkeiten investiert. Bestätigt ist das allerdings noch nicht. Hinzu kommen rund 30 Tagesmütter. (18 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Unsere Position: Die CDU-Fraktion hält das Maßnahmenpaket für sinnvoll, um auf den Geburtenrückgang zu reagieren und gleichzeitig flexibel zu bleiben, falls der Bedarf doch wieder ansteigt. Wir setzen darauf, frei werdende Kindergartenplätze für Kleinkinder umzuwidmen und zunächst einmal keine Gruppen ganz zu schließen. Das reduziert die Gruppengrößen, sorgt für eine bessere Betreuungsspanne und entspannt auch die Personalsituation. Deshalb sollte aus unserer Sicht auch die Ü3-Gruppe in St. Raphael erhalten bleiben. Denn wenn die Gemeinde in Kitas investiert, entsteht damit auch ein Anspruch, die Gruppen und Plätze zur Verfügung zu stellen.

Hitzeschutz: Klimatisierung gleich mitplanen

CDU, SPD und Grüne Liste hatten im Laufe des Sommers Anträge zum Hitzeschutz an Schulen und Kitas gestellt. Jetzt hat die Verwaltung den ersten Entwurf eines Hitzeschutzkonzepts vorgelegt, erarbeitet vom Fachplanungsbüro DWKS. Klar ist: Rollos und Ventilatoren sind keine wirksame dauerhafte Lösung. Eine Komplettausstattung der kommunalen Gebäude würde nach einer ersten Schätzung über 1,5 Mio. € kosten. Der Gemeinderat regte an, hier einen Fahrplan auszuarbeiten.

Die CDU hatte angeregt, im Zuge von ohnehin stattfindenden Sanierungen bzw. Neubauten die Klimatisierung bereits mitzuplanen. Konkret sind das die neue Kita St. Maria und die Kernzeitbetreuung im früheren Rathaus Langenbrücken.

Die neue Kita St. Maria bekommt nun – ebenfalls auf Anregung der CDU-Fraktion – Klimageräte in ausgewählten Räumen für 42.840 € (14 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen).

Für die Kernzeitbetreuung im früheren Rathaus Langenbrücken stellte die Verwaltung Optionen vor. Zwei sollen nun weiter vertieft werden: eine „klassische Variante“ mit Klima-Splitgeräten (rund 80.000 €) und eine in die Heizungsanlage integrierte Lösung. Daniel Molk wies für die CDU auf die Risiken der zweiten Variante

hin: mögliche Tauwasserbildung und ein zu träges System über die Lüftungsanlage. Die technische Machbarkeit soll nun noch einmal detailliert geprüft werden; eine Entscheidung ist in der kommenden AUT-Sitzung zu erwarten. Außerdem wurden für die Rathaussanierung die Estricharbeiten für rund 66.000 € vergeben.

3 Lernort Kislau

Worum geht es? Die CDU unterstützt seit langem die Initiative Lernort Kislau. Unser CDU-Fraktionsmitglied Bernhard Steltz gehört zu den Mitinitiatoren der Gedenkveranstaltungen an Ludwig Marum. Gleichzeitig war uns sehr wichtig, dass Lernort und Umgehungsstraße nebeneinander möglich bleiben und nicht das eine Projekt das andere ausschließt.

Was wurde beschlossen? Nachdem sich die CDU in den vergangenen Wochen intensiv dafür eingesetzt hat, die Vereinbarkeit von Lernort UND Umgehungsstraße sicherzustellen, ist dies nun in einer gemeinsamen Sitzung im Juli mit Regierungspräsidium, Lernort e.V. und Vertretern der Gemeinde und Fraktionen gelungen. Der Bebauungsplan für den Lernort Kislau geht nun in die Offenlage. Die Trasse der künftigen Umgehungsstraße K 3575 ist im Plan gesichert. Mögliche Mehrkosten daraus gehen nicht zu Lasten der Gemeinde. Das soll durch einen entsprechenden städtebaulichen Vertrag geregelt werden.

(17 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Unsere Position: Bernhard Steltz machte für die CDU deutlich: Wir stehen seit Beginn hinter dem Projekt und haben ebenso von Beginn an auf den zu lösenden Konflikt mit der Trassenplanung für die Umgehungsstraße hingewiesen. Der städtebauliche Vertrag enthält nun unsere Forderungen: keine erhöhten Kosten für die Gemeinde durch eine mögliche Umplanung und keine Unterhaltungsansprüche an die Gemeinde.

Erik Dammert (CDU) und Miro Pivać (UBBS) wiesen die Kritik von Grüner Liste und SPD zurück, der Gemeinderat habe das Projekt unnötig verzögert. Beide wiesen auf das berechtigte Interesse hin, dass auch die Umsetzung der Umgehungsstraße möglich bleiben muss. Außerdem habe die Verwaltung das Thema mehrfach kurzfristig wegen fehlender oder verspäteter Unterlagen von der Tagesordnung genommen.

Daniel Molk verwies auf die mehr als 500 Seiten Sitzungsunterlagen: Da sei kaum nachzuvollziehen, welche Änderungen gegenüber der vorherigen Vorlage vorgenommen wurden. Er bat deshalb darum, bei so lange laufenden Projekten künftig eine Änderungshistorie beizufügen.

Wie geht es weiter? Nach der Offenlage folgt der städtebauliche Vertrag. Offen ist noch die Frage der Zufahrt zur JVA Kislau.

4 Thermarium

Worum geht es? Das Thermarium soll bis 2030 grundlegend modernisiert werden. Für den ersten Bauabschnitt hatte es bereits eine Zusage über Landesfördermittel in Höhe von 2,5 Mio. € erhalten. Nun soll für den zweiten Bauabschnitt eine weitere Bewerbung um Fördermittel erfolgen. Wichtig ist die Neuausrichtung auch wirtschaftlich: 2024 schrieb das Thermarium trotz steigender Besucherzahlen ein Defizit von 627.000 €, vor allem wegen gestiegener Energiekosten.

Was wurde beschlossen? Der Gemeinderat befürwortet und unterstützt die Neuausrichtung im zweiten Bauabschnitt. Dafür – Welcome-Center, Wellnesszentrum, Saunalandschaft, Therapie- und Fitnessbereich,

5 Bauen und Ortsentwicklung kompakt

B3 Langenbrücken: Kanal und Wasser gleich mit erneuern

Das Regierungspräsidium saniert ab Oktober die Fahrbahn der B3 in Langenbrücken. In diesem Zuge erneuert die Gemeinde die fast 100 Jahre alte Wasserleitung und den Kanal; Kern ist die Aufweitung der Kanalführung an der Kreuzung B3/Östringer Straße/Hafnerstraße. Den Auftrag über 1,43 Mio. € erhält die Firma Reimold (einstimmig); der Anteil der Gemeinde (Kanal, Wasser, Straße) liegt bei rund 0,9 Mio. € brutto. Die Arbeiten an der Straßendecke übernimmt das Regierungspräsidium, somit spart die Gemeinde rund eine halbe Million Euro. Daniel Molk betonte für die CDU-Fraktion: Dadurch, dass wir uns an die Sanierung der Bundesstraße „dranhängen“, können wir die Kanalsanierung erheblich günstiger mitrealisieren. Gleichzeitig mahnte er an, frühzeitig in die Umleitungsplanung einzusteigen und Anwohner sowie Gewerbebetriebe rechtzeitig einzubinden.

Der erste Bauabschnitt läuft von Oktober bis Ende 2026, der zweite beginnt nach rund vier Monaten Pause Ende April/Anfang Mai 2027. Das Regierungspräsidium erneuert die Fahrbahndecke bis zur Gemarkungsgrenze. Die Bauarbeiten, die derzeit am Radweg laufen, sind übrigens eine separate Maßnahme und haben mit der B3-Sanierung noch nichts zu tun.

Ärztehaus im Kurgebiet Mingolsheim

Der Gemeinderat machte einstimmig den Weg frei für ein Ärztehaus im Kurgebiet Mingolsheim. Auf dem Gelände des früheren Tanzlokals „Mühlbachhof“ am Ortseingang Mingolsheim werden nun medizinische Einrichtungen möglich; Wohnen bleibt dort auf die Bestandsgebäude beschränkt. Das stärkt die ärztliche Versorgung im Ort und den Gesundheitsstandort Bad Schönborn.

Spielplätze: Ablösung statt Mini-Spielplatz

Bauherren können künftig die Pflicht zum Bau eines Kinderspielplatzes mit 705 € je Quadratmeter ablösen; das Geld fließt zweckgebunden in öffentliche Spielplätze (einstimmig). Aus Sicht der CDU ist das sinnvoll: Damit können wir gebündelt in größere und attraktivere Spielplätze investieren, statt verstreute Kleinstspielplätze zu erzwingen, die völlig unattraktiv sind und wenig genutzt werden.

Außerdem beschlossen

Finanzen: Bundesmittel sichern Projekte – die Strukturfragen bleiben offen. Im Finanzzwischenbericht stellte Herr Trinter, Kämmerer der Gemeinde, die aktuelle Haushaltslage vor. Vor allem die 8,6 Mio. € aus dem Sondervermögen des Bundes haben dafür gesorgt, dass Projekte weiter umgesetzt werden können, ohne dass eine zusätzliche Verschuldung notwendig ist – so ist etwa der Neubau der Kita St. Maria mit 6,3 von 8,4 Mio. € aus diesen Mitteln finanziert. Das hat kurzfristig für Stabilität im Finanzhaushalt gesorgt. Jochen Fellhauer nahm das für die CDU-Fraktion zum Anlass, erhebliche Kritik an BM Hüge zu äußern: Das Arbeitspapier der Gemeinderäte aus der Haushaltsstrukturkommission wartet nunmehr seit zehn Monaten auf eine schriftliche Bearbeitung. Auch die zugesagte Investitionspriorisierung wurde bis heute nicht vorgelegt. Das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt bleibt ungelöst. Als Rechtfertigung führte BM Hüge den erheblichen personellen Engpass im Sachgebiet Finanzen an.

Im Anschluss stimmte der Gemeinderat mehrheitlich den über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2026 von zusammen rund 2,2 Mio. € zu (16 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen), davon 1,1 Mio. € für den fast fertiggestellten

Kita-Neubau St. Maria. Jochen Fellhauer verweigerte aufgrund des mangelnden Fortschritts bei der Haushaltsstruktur die Zustimmung zu den Mehrausgaben.

Energiemanagement für die Gemeindegebäude. Die Gemeinde führt ein Energiemanagement für ihre Gebäude ein (einstimmig). Damit kann der Energieverbrauch künftig zentral erfasst, kontinuierlich überwacht und besser gesteuert werden. Die Kosten liegen bei rund 65.500 €, davon werden 70 % gefördert. Jochen Fellhauer begrüßte die Umsetzung der Maßnahme, die vor vier Jahren im Rahmen des Projekts „Smart City Bad Schönborn“ erarbeitet wurde.

Badesee. Den SPD-Antrag „Smarter See statt Dauerstau“ zu Verkehrschaos und Rettungswegen am Badesee hat der Gemeinderat einstimmig zur Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

Bürgermeisterwahl. Die Bürgermeisterwahl findet am Sonntag, 28. Februar 2027, statt, eine eventuelle Stichwahl am 14. März. Bürgermeister Hüge tritt nicht mehr an. Die Stelle wird am 11. Dezember im Staatsanzeiger ausgeschrieben, Bewerbungen sind bis 1. Februar 2027 möglich. Für die CDU sitzt Bernhard Steltz (Stellvertreter Michael Schnürer) im Gemeindewahlausschuss. Christian Kerti hat am Ende der Sitzung gefragt, ob er sein Adventsfenster ausrichten darf, auch wenn er sich als Bürgermeisterkandidat aufstellen lässt.

Bürgerfragen und Bekanntgaben

Waldparkstraße. Eine Eigentümerin aus der Waldparkstraße fragte erneut nach dem Sachstand: Seit dreieinhalb Jahren warten die Eigentümer auf die Straße. Der Kanalanschluss soll in vier Wochen fertig sein. Bauherren und Verwaltung sind sich weiterhin uneinig, wer die Erschließungslast trägt; eine gerichtliche Entscheidung wird im Dezember erwartet.

Glasfaser. Der Landrat hat für den Landkreis einen Antrag auf Fördermittel für den Glasfaserausbau gestellt.

Alle Entscheidungen auf einen Blick

TOP	Thema	Beschluss	Ergebnis
2	Langenbrücken-West	Erschließungsträgerschaft an KiB vergeben	18 : 0 : 1
3	Eigenbetrieb Erschließung	Konzept ausarbeiten, Satzung vorbereiten	einstimmig
4	Lernort Kislau	Abwägung gebilligt, Offenlage, städtebaulicher Vertrag	17 : 0 : 2
5	Ärztehaus Kurgebiet	Bebauungsplan-Änderung als Satzung beschlossen	einstimmig
6	B3 Langenbrücken	Kanal, Wasser, Straße an Reimold vergeben (1,43 Mio. €)	einstimmig
7	Rathaus Langenbrücken	Estricharbeiten an Menges vergeben (65.862 €)	einstimmig
8	Hitzeschutzkonzept	zur Kenntnis genommen	–
9	Klimaanlage Kernzeitbetreuung	an den AUT verwiesen	17 : 0 : 2
10	Kita St. Maria	Klimageräte als Nachtrag (42.840 €)	14 : 2 : 3
11	Kita-Bedarfsplanung 2026	beschlossen	18 : 0 : 1
12	Energiemanagement	an econ solutions vergeben (65.479 €)	einstimmig
13	Finanzzwischenbericht 2026	zur Kenntnis genommen	–
14	Über- und außerplanmäßige Ausgaben	rund 2,2 Mio. € zugestimmt	16 : 3 : 0
15	Spielplatzablösung	Richtlinie beschlossen (705 €/m²)	einstimmig
17	Thermarium	Neuausrichtung BA 2 und Förderantrag befürwortet	einstimmig
18	SPD-Antrag Badensee	an den AUT verwiesen	einstimmig
19	Bürgermeisterwahl	Ausschreibung und Gemeindewahlausschuss	–

Ergebnis: Ja : Nein : Enthaltung

Hier aufgeführte Abstimmungsergebnisse ohne Gewähr – sie sind eigenem Mitschrieb aus der Sitzung entnommen. Die tatsächlichen amtlich dokumentierten Abstimmungsergebnisse können ggf. abweichen.